

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/224

Bonn, den 24. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Gespräche mit Polen</u> Generalthema Gewaltverzicht	44
2	<u>S Ü D T I R O L</u> Auf dem Wege zur Befriedung	41
3 - 4	<u>Wissenschaft kennt keine Grenzen</u> 25 Jahre Weizmann-Institut Von Senator h.c. Heinrich Ritzel	67
5 - 6	<u>Unsoziale Sozialgesetze in den USA</u> Reformvorschläge zur staatlichen Krankenversicherung Von Paul Neumüller, New York	63

Gespräche mit Polen

Generalthema Gewaltverzicht

sp - Gewiß wird sich niemand übertriebenen Erwartungen über Verlauf und Ergebnis der nun beginnenden deutsch-polnischen Gespräche hingeben. Berge des Mißtrauens sind abzutragen und tiefe Klüfte im deutsch-polnischen Verhältnis zu überwinden. Die Note, die der Leiter der deutschen Handelsmission in Warschau, Dr. Böx, im polnischen Außenministerium überreichen wird, hat zum Generalthema das Angebot eines Gewaltverzichts, was auch alle anderen, die gegenseitigen Beziehungen berührenden Fragen einschließt.

Die deutsche Note ist die konsequente Fortsetzung der in der Regierungserklärung der Großen Koalition ausgesprochenen Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, auch mit Polen im Rahmen einer gesicherten Friedensordnung in ein geordnetes Verhältnis zu kommen. Es ist nützlich, diese Passagen der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 in Erinnerung zu rufen. Dort heißt es:

- * "Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gerne erfüllen. - Es liegt uns daran, das Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen. - In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen".

Dieses vor drei Jahren vom Geist der Versöhnung erfüllte Angebot gilt es nun mit Leben zu erfüllen. Als guten Auftakt mag das in der angesehenen Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" erschienene Interview von Bundeskanzler Willy Brandt gelten. Die Zeitung veröffentlicht im Zusammenhang damit eine auf Polen bezogene Stelle aus dem Buch Willy Brandts "Friedenspolitik in Europa" und knüpft daran die Hoffnung, "die polnische öffentliche Meinung möchte glauben, daß Kanzler Willy Brandt wirklich die Politik seines Staates in dieser Richtung führt".

Polen zweifelt den guten Willen der neuen Bundesregierung nicht an. Es glaubt an die Ehrlichkeit ihres Bestrebens, den Schutt wegzuräumen, der zwischen beiden Völkern liegt. Diese Veränderung im Atmosphärischen schafft erst die Voraussetzungen für einen schwierigen und mit schweren Hypotheken aus einer schreckensvollen Vergangenheit belasteten Dialog. Doch daß er nun beginnen kann, läßt hoffen.

+ + +

S Ü D T I R O L

Auf dem Wege zur Befriedung

sp - Die dramatischen Auseinandersetzungen innerhalb der Südtiroler Volkspartei über die Frage, ob das italienische Angebot zur Erweiterung der Südtiroler Autonomie angenommen werden kann, sind vorläufig abgeschlossen. Mit 52,8 gegen 44,6 Prozent bei 2,6 Prozent Enthaltungen und ungültigen Stimmen haben die Delegierten der Südtiroler Volkspartei das Angebot gebilligt.

Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine erbitterte Redeschlacht, in der noch einmal die seit vielen Jahren bestehenden Gegensätze innerhalb der Südtiroler Volkspartei aufeinander prallten. Auf der einen Seite standen die Verfechter der vollen Autonomie, auf der anderen die Befürworter einer Politik, die von der Realität der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Integration Südtirols in den italienischen Staatsverband ausgeht. Die knappe Mehrheit für die Annahme der italienischen Vorschläge zeigt sehr deutlich, daß auch in Zukunft mit erheblichen Spannungen in Südtirol gerechnet werden muß, wenn sich auch nach der Kampfabstimmung die Vertreter der unterschiedlichen Meinungen gegenseitig versicherten, es käme jetzt darauf an, aus der nunmehr entstandenen Situation das Beste zu machen.

Die Einzelheiten einer erweiterten kulturellen und auch verwaltungsmäßigen Autonomie für Südtirol müssen nunmehr im Einvernehmen zwischen Rom und Wien Zug um Zug verwirklicht werden. In der italienischen und in der österreichischen Hauptstadt ist man sich darüber klar, daß Verzögerungen oder allzu spitzfindige Auslegungen der den Südtirolern jetzt zugebilligten neuen Rechte den immer noch unter der Decke schwelenden Funken des Südtiroler Widerstandes gegen Rom zu einer offenen Flamme entfachen könnten.

Nach Lage der Dinge besteht kein Zweifel, daß die Parlamente in Rom und Wien das neue Autonomiestatut für Südtirol billigen werden. Zwischen der offiziellen Billigung und der administrativen Durchführung des Abkommens liegt jedoch noch ein steiniger Weg. Man weiß nur zu gut aus leidvoller Erfahrung, daß auch früher schon kleinliche Schikanen dazu geführt haben, manchen gut gemeinten Ansatz zur Überwindung der Schwierigkeiten wieder zunichte zu machen.

Nicht nur in Italien und Österreich wird man jetzt auf Südtirol blicken. Hier wird sich in der Praxis erweisen, ob langjährige Mißverständnisse, ungewollte oder gewollte Schikanen im Zusammenleben zweier Volksgruppen in einem Staatsverband unbedingt zu einer Situation führen müssen, in der es Bombenlegern verhältnismäßig leicht gemacht wird, für ihre sinnlosen Taten Beifall zu finden. Für Südtirol und seine um ihre kulturelle Eigenständigkeit besorgte und zu Opfern bereite Bevölkerung beginnt jetzt die große Stunde der Bewährung.

Wissenschaft kennt keine Grenzen

25 Jahre Weizmann-Institut

Von Senator h.c. Heinrich Ritzel

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Weizmann-Instituts, das den Namen des ersten Präsidenten des Staates Israel, Weizmann, trägt, fand kürzlich in New York eine Feier statt, an der 1.500 prominente Persönlichkeiten aus 19 Ländern teilnahmen, darunter 63 Nobelpreisträger. Das Institut, das in Rehovoth in der Nähe von Tel Aviv über einen grossen Gebäudekomplex verfügt, zählt zu den 10 führenden Forschungsinstituten der Welt. Die Feier, bei der auch der jetzt 75jährige Präsident des Weizmann-Instituts, Meyer W. Weisgal, geehrt wurde, zeigte die Internationalität der Wissenschaft. An der Feier nahmen u. a. teil die früheren französischen Premierminister Pierre Mendès-France und Jules Koch, der in der ganzen Welt bestens bekannte Wissenschaftler Dr. Gunnar Myrdal, der frühere Premierminister von Kanada, der Präsident der internationalen Automobilarbeiter-Gewerkschaft W.P. Reuther, der Chemie-Nobelpreisträger von 1945 Dr. Wendell M. Stanley, Berkeley. Grüsse übermittelten u.a. Dr. Melvin Calvin, Nobelpreisträger für Chemie, Dr. Andrew W. Cordier, Präsident der Columbia-Universität, der Nobelpreisträger Dr. Carl F. Cori von der Harvard-Universität, der Nobelpreisträger für Chemie Dr. Vincent du Vigneaud, der Nobelpreisträger Dr. Robert Hofstadter von der Stanford-Universität, der Nobelpreisträger Charles B. Huggins, Sir Brian Flowers, der Vorsitzende des britischen Science Research Council, der Nobelpreisträger Dr. Polykarp Kusch von der Columbia-Universität, der Physiknobelpreisträger Dr. Willard F. Libby von der Universität von Californien, der Nobelpreisträger Dr. Edwin M. McMillan, Berkeley. Schon diese Nennung weniger Namen zeigt, daß Grenzen überschreitende Kontakte der Wissenschaft in allen Ländern eine unabdingbare Voraussetzung für den dringend notwendigen Fortschritt in Wissenschaft und Forschung sind.

Das im Mittelpunkt der Feier stehende Weizmann-Institut unterhält auch gute Kontakte mit deutschen wissenschaftlichen Instituten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben seien hier genannt: Das Institut für Kernphysik in Heidelberg mit den Professoren Dr. W. Gentner und Dr. U. Schmidt-Rohr, das Institut für theoretische

Physik in Braunschweig mit Prof. Dr. C. Quinkert, das Institut für theoretische Physik in Heidelberg mit Prof. Dr. Hans D. Jensen und Prof. Dr. H.-A. Wiedenmüller, (Prof. Dr. Jensen ist deutscher Nobelpreis-träger), das Institut für theoretische Physik in Göttingen mit Prof. Dr. Gerhard Lüders, die Gesellschaft für Strahlenforschung in Neuherberg b. München mit Prof. Dr. Ing. F. Wachsmann, das Institut für Physiologische Chemie in München mit Prof. Dr. Hans Georg Zachau, das Organisch-Chemische Institut in Heidelberg mit Prof. Dr. Heinz A. Staab, das Physiologisch-Chemische Institut in Berlin mit Prof. Dr. Dr. Heinz Niedemann, das Institut für physikalische Chemie (Iwan S. Stranski Institut) in Berlin mit Prof. Dr. Ernst Lippert, das Institut für organische Chemie an der Freien Universität Berlin mit Prof. Dr. Georg Manecke, das Organisch-chemische Institut in Berlin mit Prof. Dr. F. Bohlmann, das Pharmakologische Institut in Bonn mit Prof. Dr. Robert Domenjoz, das Institut für medizinische Forschung in Heidelberg mit Prof. Dr. H.H. Weber, das Institut für experimentelle Medizin in Göttingen mit Prof. Dr. F. Cramer, das Institut für Virusforschung in Tübingen mit Prof. Dr. H. Friedrich-Freke und Prof. Dr. A. Gierer.

Am Weizmann Institut in Rehovoth selbst sind ebenfalls deutsche Professoren, die von Hitler vertrieben wurden, in führender Stellung tätig. Die lebhaften Beziehungen und der ständige Gedankenaustausch zwischen den verschiedensten Trägern wissenschaftlicher Aufgaben sind nicht nur im Interesse einer grenzüberschreitenden Wissenschaft notwendig, sondern sie sind vor allem auch im wirtschaftlichen Interesse der in Frage kommenden Länder ein dringendes Bedürfnis. Die Wissenschaft in der Bundesrepublik hat zum Glück die schweren Schläge überwunden, die ihr die engstirnige, nationalistische und antisemitische Haltung des Hitlerstaates zugefügt hat, die deutsche Wissenschaft steht heute wieder in hohem Ansehen in der ganzen Welt. Aber auch sie kann nicht darauf verzichten internationale Verbindungen zu pflegen und an weltweiten wissenschaftlichen Erkenntnissen teilzunehmen, ohne die unser Volk den Anschluß an die Sicherung der Zukunft verlieren würde. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt hat das klar ausgedrückt. Am Deutschen Bundestag liegt es jetzt, daraus die unabwiesbaren Folgerungen zu ziehen.

+ + +

Unsoziale Sozialgesetze in den USA

Reformvorschläge zur staatlichen Krankenversicherung

Von Paul Neumüller, New York

Es ist kaum zu glauben, daß der amerikanische Bürger, der sich gern zu dem reichsten Land der Welt zuordnet, bis zum Jahre 1966 überhaupt keinen gesetzlichen Krankenversicherungsschutz genoß und seit dieser Zeit auf staatliche Krankenversicherungsbestimmungen zurückblicken kann, von denen man sich anderswo mit Recht und mit Empörung distanzieren würde.

Im Zeichen der galoppierenden Dollar-Inflation und der horrenden Arzthonorare und Krankenhausgebühren - eine ambulante Arztvisite kostet in New York durchschnittlich 15 Dollar; ein Tag Krankenhausaufenthalt ohne Nebenkosten und ohne ärztliche Konsultation beläuft sich nurzeit in der I. Klasse auf 84 Dollar und in der II. Klasse auf 56 Dollar - lernen auch die Amerikaner allmählich erkennen, daß ein gesetzlicher und ausreichender Krankenversicherungsschutz zu den natürlichen Alltäglichkeiten des Lebens gehören sollte.

Ein universaler Krankenversicherungsplan wurde im Oktober 1969 in New York von dem Komitee für nationale Gesundheitsversicherung, dem einflußreiche Mediziner, Gewerkschaftler, Politiker und Bürgerrechtsvertefchter angehören, ausgearbeitet, der später dem amerikanischen Kongreß als Arbeitspapier zur Reform des Krankenversicherungsschutzes dienen kann. Wahrscheinlich wird aber, wie bisher, die einflußreiche "Medical Assosiation", die sich, mit den Worten der New Yorker Staatszeitung gesprochen, "zu wenig Gedanken über Berufspflichten und zuviel Gedanken über die Arzthonorare macht", auch diese Reformpläne wieder torpedieren.

Der Vorsitzende der amerikanischen Vereinigten Autoarbeiter-Gewerkschaft, Walter P. Reuther, führte zu dem Reformplan aus, daß das vorgeschlagene Krankenversicherungssystem dringend notwendig ist, wie das gegenwärtige, so gut wie "Nichtsystm" der Krankenfürsorge dem Staat zuviel kostet und völlig ungenügende Leistungen aufweist.

Widmet man sich einmal dem geltenden staatlichen Krankenversicherungsrecht, kann folgende Feststellung getroffen werden:

1. Schutz bei ärztlicher Behandlung

Personen über 65 Jahre, die von der staatlichen Sozialversicherung erfaßt sind, zahlen monatlich 4,40 Dollar in einen besonderen Fond, an dem auch die Bundesregierung den gleichen Betrag pro Versicherten abführt. Dafür werden 80 Prozent der durchschnittlichen Arztkosten bei einer jährlichen Selbstbeteiligung von 50 Dollar vom Staat übernommen. Ausgenommen vom Versicherungsschutz sind aber Routineuntersuchungen, Impfungen, diverse orthopädische Hilfsmittel, Zahnbehandlungen usw.

Personen unter 65 Jahre müssen versuchen, sich gegen teures Geld privat zu versichern.

2. Schutz bei Krankenhausbehandlung

Bis zu einem versicherungspflichtigen Jahreshöchstbetrag von 7.800 Dollar zahlen die Sozialversicherungspflichtigen, d.h. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Selbständige, zurzeit 0,6 Prozent ihres Einkommens als Versicherungsbeitrag. Diese relativ geringe Summe - im Höchstfall sind es monatlich 3,90 Dollar - darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Versicherungsschutz in zahlreichen Fällen sehr zu wünschen übrig läßt. Hierzu folgende Erklärungen: Grundsätzlich muß der Versicherte die ersten 40 Dollar Krankenhauskosten selbst tragen. Darüber hinausgehende Kosten werden bis zu 60 Tagen Krankenhausaufenthalt voll von der Versicherung übernommen, während der Versicherte vom 61. bis zum 90. Tage sich täglich mit 10 Dollar an den Kosten beteiligen muß. Der Versicherungsschutz erlischt völlig am 91. Tage und lebt erst wieder auf nach einer Wartezeit von 60 Tagen. Jedoch steht jedem Versicherten eine einmalige "Reserve" von 90 Tagen zu, die er zu einer beliebigen Zeit voll oder teilweise in Anspruch nehmen kann; allerdings mit einer täglichen Selbstbeteiligung von 20 Dollar.

Fazit aus diesen Bestimmungen: Bei einer schweren Erkrankung oder einem langwierigen Leiden muß man in den USA entweder sehr reich oder völlig arm sein, weil dann die öffentliche Wohlfahrt einspringt. Leute aller Mittelklassen können noch immer infolge Krankheit alle Ersparnisse und Haus und Hof verlieren.